

UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung der Resolution der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz (Stockholm, 12. bis 14. Juni 2022)

Mit der vorliegenden Stellungnahme berichtet die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern über den Stand der Umsetzung der Resolution der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm, Schweden, stattfand.

Die Landesregierung kommt damit dem Wunsch des Landtages nach, einen entsprechenden Bericht bis zum 31. März 2023 vorzulegen¹.

Die vorliegende Stellungnahme erfasst nur die Bereiche, in denen eine Zuständigkeit auf Landesebene oder eine übergeordnete Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern gesehen wird.

¹ Siehe Landtagsdrucksache 8/1496 vom 26. Oktober 2022 in Verbindung mit Landtagsdrucksache 6/4498 vom 15. September 2015.

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die vom 12. bis 14. Juni 2022 zusammengekommen sind, rufen die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
1	sämtliche Maßnahmen zu initiieren und zu verabschieden, die notwendig sind, um die Sicherheit unserer Völker und die Verteidigung unserer Werte und Demokratien sicherzustellen;	<p>Mecklenburg-Vorpommern ist ein demokratisches und weltoffenes Bundesland, das die Werte Freiheit, Solidarität, Gleichberechtigung und Respekt ausdrücklich vertritt. Die gesamte Regierungsarbeit ist von diesen Werten und deren Verteidigung geleitet.</p> <p>Das Land ist ein Schlüsselstandort für die Verteidigung der Bundesrepublik und der NATO. Nirgendwo in Deutschland sind mehr Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr pro Einwohner stationiert als in Mecklenburg-Vorpommern. Das Land beherbergt mit dem Marinekommando die höchste Instanz der deutschen Marine und ist Standort eines weiteren Marinearsenals. Bundeswehrangehörige aus Mecklenburg-Vorpommern sichern die NATO-Ostflanke in Litauen und der Slowakei.</p> <p>Die Ministerpräsidentin besuchte am 27. September 2022 in Begleitung des Ministers für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern das NATO-Hauptquartier in Brüssel und informierte sich u. a. zum Beitrittsstatus Finnlands und Schwedens. Dass nun zwei weitere Partnerländer im Ostseerat der NATO beitreten werden, wird von der Landesregierung als Beitrag zur Stabilisierung des demokratischen Ostseeraums begrüßt.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
2	die Ukraine bei der Verteidigung ihres Volkes und der demokratischen Werte weiterhin im größtmöglichen Umfang mit allen Mitteln zu unterstützen;	<p>Im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine hat:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Staatskanzlei mit Schreiben vom 3. März 2022 die langjährige Regionalpartnerschaft mit dem Leningrader Gebiet ausgesetzt; - der Landtag im Zusammenwirken mit der Landesregierung die Anschubfinanzierung für die Deutsch-Russische Partnerschaft e. V. eingestellt; - der Finanzausschuss ein Strategiefondsprojekt mit der Bezeichnung „Aufbaufonds für humanitäre Unterstützung der Ukraine“ aus den Restmitteln der Anschubfinanzierung für den Deutsch-Russische Partnerschaft e. V. in Höhe von 350 000 Euro bewilligt. Mit dem Geld werden Unterstützungsangebote für Schutzsuchende und Vertriebene, wie Sprachkurse, Sprachmittlung, psychosoziale Beratungsangebote, Angebote für Kinder und Jugendliche gefördert. Ferner werden die Gelder als Startfinanzierung für Hilfstransporte und Wiederaufbauprojekte in der Ukraine verwendet (s. u.); - die Landesregierung einen im Dezember 2022 von der Hansestadt Greifswald organisierten Hilfsgütertransport in die ukrainische Partnerstadt Greifswalds, Drohobytsch, finanziell unterstützt; - der Bundesrat auf Initiative der Ministerpräsidentin (als Vorsitzende) am 31. März 2022 ein schriftliches Umfrageverfahren zur Auflösung der Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppe des Bundesrates eingeleitet. Die Mitglieder haben dem Antrag ohne Gegenstimmen zugestimmt. Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurde die Deutsch-Russische Freundschaftsgruppe des Bundesrates am 8. April 2022 aufgelöst; - die Bundesregierung das Genehmigungsverfahren für die Gaspipeline Nord Stream 2 noch im Februar 2022 ausgesetzt. Die Ministerpräsidentin hat dies vorbehaltlos unterstützt.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten (WKM) hat mit den Hochschulen des Landes bereits am 15. März 2022 einen „Handlungsrahmen für den Umgang mit der Ukraine, Russland und Belarus“ vereinbart. Kooperationen mit russischen Einrichtungen wurden von den Hochschulen überprüft, auf Eis gelegt und/oder beendet. Aus der Ukraine geflüchtete Studierende sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wurden und werden an den Hochschulen des Landes aufgenommen und unterstützt. Hierfür stellte das WKM im Jahr 2022 50 000 Euro im Rahmen einer mit den Hochschulleitungen vereinbarten Wissenschaftsbrücke bereit. Weitere finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten stehen für die Hochschulen z. B. im Rahmen der Mittel zur Integration von Flüchtlingen (100 000 Euro p. a.) zur Verfügung.</p> <p>Das WKM hat weiterhin die Federführung für die Unterstützungsleistungen in der Ukraine übernommen. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus allen Ressorts der Landesregierung, erarbeitet Schritte für die humanitäre Hilfe in der Ukraine. Dafür stehen insgesamt 175 000 Euro aus dem „Aufbaufonds für humanitäre Unterstützung der Ukraine“ zur Verfügung.</p> <p>Eine erste Gesamtlieferung des Landes im Wert von circa 40 000 Euro wurde anhand der Bedarfe durch das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (hier: Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern (LPBK M-V)) zusammengestellt. Die Transporte in die Ukraine wurden mit Unterstützung des Hilfsvereins SIC e. V. Schwerin durchgeführt. Hilfsgüter, die am 8. Februar 2023 und am 10. Februar 2023 versandt wurden, waren u. a. Feldbetten, Decken Schlafsäcke, Zeltöfen, Herdplatten, Hygieneartikel Hilfsgüter für die medizinische Versorgung wie Schutzoveralls und Pflegekittel.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Am 18. Februar 2023 sind die Hilfsgüter in der Zielregion im Osten der Ukraine angekommen.</p> <p>Im Weiteren ist die Lieferung von zwei bis drei Generatoren im Wert von 60 000 Euro geplant.</p> <p>Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine Reihe von Haushaltstiteln zur Betreuung ukrainischer Geflüchteter:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratungsangebote zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten (Ansatz 815 000 Euro): Förderung der Migrationssozialberatung in den Kommunen und in der Erstaufnahmeeinrichtung und der psychosozialen Beratung in Mecklenburg-Vorpommern. Für zusätzliche Beratungsangebote, vor allem für psychosoziale Beratungsleistungen infolge des Ukrainekrieges, wurden zusätzliche Mittel in Höhe von circa 175 000 Euro bereitgestellt; - Sprach- und Kommunikationsfördernde Angebote (Ansatz 135 000 Euro): zusätzliche Stärkung der Sprachmittlungsstrukturen für ukrainische/russische Sprache in Höhe von 22 000 Euro sowie ergänzende Sprachkurse, sogenannte Starterkurse. Dabei handelt es sich um niedrighschwellige Sprachkurse für einen ersten Spracherwerb und zur Orientierung für ukrainische Kriegsvertriebene und andere Geflüchtete in Mecklenburg-Vorpommern, die nicht zeitnah an den Kursangeboten des Bundes teilnehmen können. Für die Starterkurse wurden in 2022 insgesamt Mittel in Höhe von 160 000 Euro eingeplant; - Förderung der gesellschaftlichen Integration und des Zusammenlebens (Ansatz 1 Million Euro): Über den Integrationsfonds wurden bislang zwölf zusätzliche Anträge (insgesamt 54 Vorhaben) bewilligt, die Angebote für die Integration von Geflüchteten und Vertriebenen aus der Ukraine initiieren.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Dafür wurden bisher zusätzliche Mittel in Höhe von 177 907 Euro bewilligt.</p> <p>Alle zusätzlichen Mittel für die weiteren Angebote insbesondere für die ukrainischen Geflüchteten werden auf der Grundlage des 9-Punkte-Paketes der Landesregierung vom 30. März 2022 bewilligt und aus der dafür bereitgestellten zusätzlichen eine Million Euro finanziert.</p> <p>Die Landeregierung begrüßt die sechs bekannten Kommunalpartnerschaften. Dies sind:</p> <p>Drohobytsch – Greifswald seit 2017, Truskawez – Barth seit 2017, Beresiwka – Witzin seit 2018, Solonka – Sternberg seit 2019, Koblewe – Heringsdorf seit 2022, Bilohorodka – Lohmen (Mecklenburg) seit 2022.</p> <p>Die Hansestadt Wismar und die ukrainische Stadt Tschornomorsk haben den baldigen Abschluss einer Städtepartnerschaft vereinbart.</p> <p>Viele Kommunen im Land mobilisieren private Spenden und organisieren Hilfsgütertransporte in die Ukraine. Kommunale Partnerschaften stehen für den europäischen Gedanken, für Engagement über Ländergrenzen hinweg, für Demokratie und Frieden.</p>
3	<p>alle Bemühungen – insbesondere in diesen Kriegszeiten – noch weiter zu intensivieren, um bei der Stärkung von Sicherheit, Frieden und regionaler Identität auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, friedlichen nachbarschaftlichen Verhältnissen und des Völkerrechts geschlossen zu agieren und zu reagieren;</p>	<p>Mecklenburg-Vorpommern pflegt traditionell gute Kontakte nach Polen. Im Vordergrund der Beziehungen stehen die Regionalpartnerschaften Mecklenburg-Vorpommerns mit den Woiwodschaften Westpommern und Pommern.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin ist seit Jahren strategisches Ziel der Landesregierung. Seit 2019 betreibt die Landesregierung gemeinsam mit dem Land Brandenburg die Geschäftsstelle Metropolregion Stettin in Anklam.</p> <p>Am 31. März 2022 führte die Ministerpräsidentin ein Gespräch mit dem amtierenden Geschäftsträger der Botschaft der Republik Polen in Deutschland. Mit Blick auf die ukrainische Flüchtlingssituation äußerte die Ministerpräsidentin größten Respekt vor den Leistungen des Nachbarlandes. Die Ministerpräsidentin bot den beiden Partnerregionen Mecklenburg-Vorpommerns – Pommern und Westpommern – konkrete Hilfeleistungen bei der Bewältigung der großen Herausforderungen an.</p> <p>Infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Integration innerhalb des demokratischen Ostseeraums einen noch höheren Stellenwert erhalten. Von der Landesregierung wurde Ende Mai 2022 der MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum als Expertengremium eingesetzt, um unter dem Vorsitz der Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Handlungsempfehlungen für die Ostseestrategie der Landesregierung zu erarbeiten. Grundlage der Arbeit des Kooperationsrates ist hierbei die gemeinsame Überzeugung, dass die Einhaltung des Friedens und die Achtung der völkerrechtlichen Ordnung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit die Wertebasis für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion ist, die uns mit unseren Partnern verbindet.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>In die Arbeit des Kooperationsrates werden auch Politikerinnen und Politiker aus dem Ostseeraum einbezogen. So diente die 4. Sitzung des Kooperationsrates am 23. Januar 2023 dem Austausch mit dem Präsidenten der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Präsidentin des Regionalrats Skåne, dem Präsidenten der KPKR Ostsee-Kommission und dem Vorsitzenden des Regionalvorstandes der Region Südwest-Finnland. Im Mittelpunkt stand hierbei die Bedeutung der Regionen für einen demokratischen und resilienten Ostseeraum. Unter anderem wurde hierbei die funktionierende Zusammenarbeit mit starken Regionen als Grundlage für eine stabile und demokratische Ostseeregion hervorgehoben.</p> <p>Mit ihrem Beitrag beim Stakeholderforum der EU-Ostseestrategie im finnischen Lappeenranta am 28. September 2022 setzte die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten ein sichtbares Zeichen für die gewachsene Bedeutung, die Mecklenburg-Vorpommern dem Ausbau der Ostseekooperation beimisst. In der Eröffnungssitzung, an der auch der finnische Außenminister und die finnische Ministerin für Umwelt teilnahmen, unterstrich die Europaministerin die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit, insbesondere im Energiebereich, und forderte dazu auf, noch besser über die verschiedenen Ebenen hinweg zu kooperieren und dabei die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Ebene stärker zu berücksichtigen. Ferner müsse die Förderung der Zusammenarbeit besser auf kurzfristige Bedarfe reagieren können.</p> <p>Die Ministerpräsidentin führte, wie bereits im Jahr 2018, am 20. Juni 2022 ein gemeinsames Gespräch mit den nordischen Botschaftern (Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island).</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Ferner gab es Treffen mit den Botschaftern von Litauen und Estland. Erörtert wurden neben dem Ukraine-Krieg die Schwerpunkte und die inhaltliche Ausgestaltung der Wirtschaftskonferenz Baltic Sea Business Day (BSBD) im September 2022 in Rostock (siehe Punkt 4).</p> <p>Mit ihrer Reise in die dänische Hauptstadt Kopenhagen vom 10. bis 11. Oktober 2022 knüpfte die Ministerpräsidentin an die vorhandenen Netzwerke und Aktivitäten des Landes im Ostseeraum an. Ziel der Reise war es, diese Kontakte weiterzuentwickeln und auszubauen. Aus den Gesprächen und Begegnungen entwickelten sich weitere wichtige Anknüpfungspunkte für die gute Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Wissenschaft.</p> <p>Jede Verstärkung der Zusammenarbeit im demokratischen Ostseeraum dient immer auch dem Bemühen um die gemeinsame Verteidigung demokratischer Werte und des friedlichen Miteinanders.</p>
4	<p>angesichts der schwerwiegendsten Sicherheitskrise in der Region seit vielen Jahren eng, entschlossen und geschlossen zusammenzuarbeiten, um die Zusammenarbeit unserer demokratischen Nationen in der Ostseeregion zu stärken und den durch Russlands Politik und Handlungen verursachten Bedrohungen für die europäische Resilienz- und Sicherheitsarchitektur entgegenzutreten;</p>	<p>Wenngleich die Sicherheitspolitik in der Zuständigkeit der nationalstaatlichen Ebene liegt, stärkt die erfolgreiche Zusammenarbeit über die verschiedenen Ebenen hinweg die Resilienz in den demokratischen Anrainerstaaten. Nur durch die Zusammenarbeit kann das volle Potenzial in der Ostseeregion für innovative und nachhaltige Lösungen der gemeinsamen Herausforderungen aktiviert werden. Hierzu braucht es starke Regionen, um Brücken für den Austausch auf der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Ebene zu bauen und diese Aktivitäten zielgerichtet zu fördern.</p> <p>Die Landesregierung richtet ihre Politik mit Unterstützung des MV-Kooperationsrates für den demokratischen Ostseeraum und der Erarbeitung einer Landesstrategie für die Zusammenarbeit im Ostseeraum auf diese Aufgabe aus.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Als konkrete Maßnahme für die Stärkung des wirtschaftlichen Austausches führte die Landesregierung den „Baltic Sea Business Day – Unternehmertag“ am 22. September 2022 in Rostock durch. Die Wirtschaftskonferenz stand unter dem Motto „Werde Teil eines neuen Netzwerkes!“. Unternehmerinnen und Unternehmer aus allen Ostseeanrainerstaaten (mit Ausnahme Russlands) kamen zu den Themen klimaneutrales Wirtschaften und CO₂-freie Ostsee ins gemeinsame Gespräch. Neben den wirtschaftlichen Themen diente die Veranstaltung der Vertiefung der Kontakte und der politischen Beziehungen im Ostseeraum, u. a. durch die Teilnahme von Botschaftsvertretern aus allen Staaten des demokratischen Ostseeraumes. Teilgenommen haben die Botschafter des Königreiches Norwegen, des Königreiches Schweden und der Republik Litauen sowie die Gesandten der Republik Lettland, der Republik Estland und des Königreiches Dänemark.</p>
5	<p>bei allen derzeit erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die Energiepolitik unserer Länder die notwendigen Entscheidungen so zu treffen, dass alle Maßnahmen weiterhin darauf abzielen, den Schwerpunkt auf Energiesicherheit, Nachhaltigkeit bei ihrem klugen und inklusiven Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand der Umwelt in der Ostseeregion zu legen;</p>	<p>Die Sicherung der Energieversorgung, der deutliche Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit verbunden eine nachhaltige Ausrichtung der Energieerzeugung, ist erklärtes Ziel der Landesregierung.</p>
6	<p>aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte geeinte und gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen und die Idee des „Rechts des Stärkeren“ entsprechend den Bestimmungen des Völkerrechts zurückzuweisen;</p>	<p>Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern verurteilt den russischen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
7	<p>die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auch unter dem Aspekt der Förderung von Elementen einer gemeinsamen Identität durch gemeinsame Werte noch weiter auszubauen;</p>	<p>Die regionale Identität im Ostseeraum und die gemeinsam geteilten Werte gehören zum geistigen Fundament der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern und beeinflussen auch deren Schwerpunktsetzungen in Lehre und Forschung. Die Hochschulen sind im Ostseeraum bestens vernetzt und sehr kooperativ. Ein besonders einschlägiges Beispiel hierfür ist das IFZO (Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum) an der Universität Greifswald.</p> <p>Darüber hinaus sind aus dem Forschungsbereich zu nennen:</p> <p>Das von Mecklenburg-Vorpommern geförderte Fraunhofer-Projekt „European Innovation Platform Sustainable Subsea Solutions (ISSS)“ dient der strukturierten Entwicklung mariner Anwendungen unter Einbeziehung von Wissenschaft, Industrie und Politik. Langfristiges Ziel ist die Realisierung eines Important Project of Common European Interest (IPCEI) im Bereich der Meerestechnik. Beteiligt sind Forschungseinrichtungen u. a. aus Deutschland, Schweden, Finnland, Norwegen, Niederlande. Neben dem strategischen Potenzial in diversen europäischen Zielen/Strategien, z. B. Green Deal, Europäische Digitale Transformation, Blue Growth Strategy, EU-Ostseestrategie leistet das ISSS einen signifikanten Beitrag, die globale technologische Führungsrolle der EU nachhaltig zu sichern und auszubauen, die Ressourcen und Energiesouveränität zu gewährleisten und – durch die wichtige Rolle der Ozeane beim Klimaschutz – die Sicherheit und den Schutz der Europäischen Gesellschaft zu bewahren.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Das Digital Ocean Lab am Ocean Technology Campus Rostock (OTC) ist ein Unterwassertestfeld für die Meerestechnik in der Ostsee, das 2021 seinen Betrieb aufnahm. 2022 wurde es um das Unterwassertestfeld „UXO-Garten“ (UXO = Unexploded Ordnance) erweitert. Es dient zur Entwicklung effizienter Systeme zur Detektion von Munitionsaltlasten.</p> <p>Im Geisteswissenschaftlichen Bereich etabliert die Universität Greifswald aktuell das Projekt „Herrenhauszentrum des Ostseeraumes“, das sich mit der Erforschung nachmittelalterlicher Herrenhäuser ab 1500 in den zehn Ostseeanrainerstaaten beschäftigt. Um ein Bewusstsein für die gemeinsame historische Kulturlandschaft der Gutswirtschaft in den Anrainerstaaten zu wecken, integrieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit den kunsthistorischen und architekturhistorischen Fragestellungen gleichwohl kulturelle, funktionale, soziologische und politische Aspekte. Mit der umfangreichen Datenerfassung (bildgebenden Daten, sämtliche Dokumente, Archivalien, Pläne oder auch Dokumente der Oral History) als linked open data lassen sich inhaltliche und formale Zusammenhänge sowie transkulturelle Einflüsse innerhalb Europas erkennen.</p> <p>Die Standorte der Stiftung Deutsches Meeresmuseum – Museum für Meereskunde und Fischerei und das Aquarium mit dem OZEANEUM in Stralsund vereinen grenzüberschreitend und vernetzend als Leuchtturm nicht nur Museumskultur, sondern auch Wissenschafts- und Forschungsprojekte sowie pädagogische Ziele. Bei jährlichen thematischen Sonderausstellungen und in zahlreichen naturwissenschaftlichen Projekten agiert das Museum als Impulsgeber und Vermittler für die Belange der Ostseeregion.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Die durch den Bund, das Land und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald geförderte Stiftung Pommersches Landesmuseum in Greifswald kann vor dem Hintergrund der wechselvollen Geschichte Pommerns nur in enger Kooperation mit polnischen und skandinavischen Einrichtungen agieren. In diesem Sinn wurde für die inhaltliche Ausrichtung des Landesmuseums ein wissenschaftlicher Beirat berufen, in dem Fachvertreterinnen und Fachvertreter aus Polen, Schweden und Dänemark mitwirken. Neben der Darstellung der pommerschen Landes- und Kulturgeschichte begreift sich das neue Haus auch als Begegnungsstätte – als Forum im Ostseeraum – für grenzüberschreitende Projekte, insbesondere auch für die Jugendarbeit.</p> <p>Gelebte kulturelle Zusammenarbeit findet im landesgeförderten Künstlerhaus Lukas in Ahrenshoop statt, das professionelle Künstlerinnen und Künstler in den Sparten Bildende Kunst, Literatur, Tanz und Komposition durch die Vergabe von Aufenthaltsstipendien fördert. Aus Partnerinstitutionen Nordeuropas werden Gäste nach Ahrenshoop eingeladen. Bis zu sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten können hier gleichzeitig leben und arbeiten. Zu den Partnern im internationalen Austauschprogramm zählen Kunst- und Kulturinstitutionen, wie z. B. das Baltische Zentrum für Schriftsteller und Übersetzer in Visby/Gotland (Schweden), die Grafische Werkstatt Odense (Dänemark) oder das Künstlerzentrum MoKs (Estland).</p> <p>Es bestehen darüber hinaus zahlreiche langjährige internationale Kooperationen und vielfältigen Beziehungen kultureller Vereine und Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern in den Ostseeraum, die z. B. in Festivals ihren öffentlichen Ausdruck finden und durch die Kulturförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern unterstützt werden.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<ul style="list-style-type: none"> - Dachmarke „Musikland Mecklenburg-Vorpommern“, unter der sich neben den Festspielen Mecklenburg-Vorpommern eine Reihe weiterer, für die Kultur Mecklenburg-Vorpommerns wichtiger Festivals versammeln²; - Ein Beispiel für eine erfolgreiche Initiative ist das Usedomer Musikfestival. Es ist jährlich eines der wichtigsten und erfolgreichsten Projekte im Ostseeraum. Das Festival hat sich zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor auf der Insel Usedom entwickelt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die gemeinsame Initiative „Baltic Youth Philharmonic“ des Usedomer Musikfestivals. Das Orchester vereint 70 talentierte Musikstudentinnen und Musikstudenten aus der gesamten Ostseeregion. Mit der Gründung des Baltic Sea Philharmonic im Jahr 2008 wurden von Beginn an die talentiertesten Musikerinnen und Musiker aus den Ostseeanrainerstaaten zusammengebracht. - Der Verein polenmARkT e. V. organisiert jährlich die polnischen Kulturtage in Greifswald und Umgebung. Dabei handelt es sich um das größte Festival der polnischen Kultur in Deutschland. Es findet regelmäßig im November statt. - Das Greifswalder Festival „Nordischer Klang“ wird vom Kulturverein Nordischer Klang e. V. veranstaltet, der mit dem Institut für Fennistik und Skandinavistik der Universität assoziiert ist. Das Festival existiert seit 1991 und findet jährlich im Mai statt.

² vgl. <http://www.musikland-mv.de>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Das Kulturfestival „Nordischer Klang“ ist das größte alljährlich in Deutschland stattfindende Festival für nordeuropäische Kultur, das aus einer bunten Mischung mit inter-/transkulturellen sowie spartenübergreifenden Projekten (Musik, Bühnenkunst, Ausstellungen, Lesungen, Filme, Kinderprogramm und Vorträge aus den fünf Nordischen Ländern, aber auch aus den übrigen Ostsee-Anrainerstaaten) besteht.</p> <p>- Das FiSH Kurzfilmfestival findet seit 2004 als Frühlingsevent im Rostocker Stadthafen statt. Seit 2005 wirft FiSH einen Blick auf die junge Filmszene verschiedener Ostsee-Anrainerstaaten, präsentiert die künstlerische Vielfalt junger Filmkulturen und kooperiert beispielsweise mit Partnerfestivals wie dem Novemberfestivalen (Schweden), dem NextFilmFestival (Dänemark) oder dem Nordic Youth Film Festival (Norwegen).</p> <p>Auch in den grenzüberschreitenden Programmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit (INTERREG) wird die kulturelle Vielfalt und der Austausch in der Ostseeregion gefördert.</p> <p>Die Kunsthalle Rostock hat eine besondere symbolische Bedeutung für die kulturelle Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostseeraums. Entstanden 1969 im Kontext der von der DDR seit 1958 veranstalteten Ostseewochen als Ausstellungsort für die Biennalen der Ostseeländer führt die Kunsthalle diese Tradition fort. Aus Anlass der Wiedereröffnung der Kunsthalle Rostock nach umfassender Sanierung im Sommer 2023 wird mit dem Projekt „Review Ostsee-Biennale. Der demokratische Raum“ dieses Format des internationalen künstlerischen Austauschs mit Unterstützung der Kulturförderung des Landes wieder aufgegriffen.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Steigender Wohlstand setzt den Zugang zu guter Aus- und Weiterbildung für alle, ein effektives und integratives Wohlfahrtssystem und einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt voraus. Letzterer unterstützt die geografische, berufliche und sozioökonomische Mobilität. Im Ostseeraum gibt es vor diesem Hintergrund insbesondere zwei Ansatzpunkte:</p> <p>Die Arbeitsmärkte einiger EU-Mitgliedsstaaten in der Ostseeregion leiden insbesondere unter einer hohen Jugendarbeitslosigkeit. Zugleich erleben viele Branchen, vor allem in den kleinen und mittelständischen Unternehmen, einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Das weist darauf hin, dass die Ausbildung nicht in allen Ländern den Bedürfnissen der regionalen Arbeitsmärkte angepasst ist. Gleichzeitig müssen Jugendliche ohne formale Sekundarschulbildung mit Langzeitarbeitslosigkeit sowie sozialer Ausgrenzung oder Armut rechnen.</p> <p>Zudem ist es für eine Verbesserung der Wissenschaftskooperation entscheidend, dass neue Arbeitsplätze vor allem aus neuen oder jungen Unternehmen, Start-ups und KMU entstehen. Talente mit unternehmerischen Denkweisen müssen frühzeitig in Schule und Studium verfolgt, ihr Interesse und ihre Geschäftsfähigkeit während ihrer gesamten Ausbildung unterstützt werden. Es bedarf einer Förderung unternehmerischer Fähigkeiten auf allen Ebenen der Bildung. Hier kann die Ostseekooperation, der Austausch von Ideen und Erfahrungen der unterschiedlichen Modelle der Förderung von Innovation und Technologietransfer oder der Aufbau von Denkfabriken und Clustern wichtige Impulse setzen.</p> <p>Die Bildungszusammenarbeit unter dem Aspekt der Förderung gemeinsamer Werte und Identität wurde zuletzt im Rahmen der 13. Sitzung des Ausschusses für Bildungszusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit sichtbar.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Bei der Erörterung gegenwärtiger Herausforderungen der Migration im Bereich Bildung in Deutschland und Polen wurden unterstützende Maßnahmen für geflüchtete Personen aus der Ukraine vorgestellt und Gemeinsamkeiten beider Länder bei dessen Durchführung festgestellt. Maßgebend dafür sind die gemeinsamen, von beiden Ländern geteilten Werte. Neben der Bestandsaufnahme existierender Maßnahmen werden im Rahmen der Ausschusssitzungen stetig neue Ideen und Austauschmöglichkeiten eruiert. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich Bildung stellt dabei ein Entwicklungsmotor dar.</p>
8	<p>die Intensivierung des Jugendaustauschs und des Austauschs von jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders in den Vordergrund zu stellen mit dem Ziel, junge Menschen zu erreichen und dafür zu mobilisieren, die für sie besonders wichtigen Themen anzusprechen, insbesondere in diesen schwierigen Zeiten;</p>	<p>Das Ziel des Austauschs jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird begrüßt. Ihre Perspektive sollte im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik ebenfalls einbezogen werden – insbesondere im Hinblick auf gegenwärtige sowie zukünftige Fachkräfteengpässe.</p> <p>Ziel der Europäischen Union ist es, die europaweite Zusammenarbeit in allen Bildungsbereichen – Hochschulbildung, Schulische Bildung, Berufliche Bildung, Erwachsenenbildung, Jugend und Sport – zu fördern. Das erfolgreiche Förderprogramm Erasmus+ ist in der Förderperiode 2021 bis 2027 mit einem Gesamtbudget von 26 Milliarden Euro ausgestattet. Alle Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern mit europäischen Partnern sind über das Förderprogramm Erasmus+ förderbar.</p> <p>Alle Hochschulen des Landes unterhalten Kooperationsbeziehungen mit Hochschuleinrichtungen in den anderen Ostseeanrainerstaaten im Rahmen des europäischen Mobilitäts- und Kooperationsprogramms Erasmus+. Hierüber wird die Mobilität und der Austausch sowohl von Studierenden als auch von Hochschulpersonal gefördert.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Die aktuelle Programmperiode 2021 bis 2027 ist noch offener, flexibler und inklusiver angelegt, um möglichst vielen Interessenten und Interessentinnen eine Teilnahme am Programm zu ermöglichen.</p> <p>In der Beruflichen Bildung unterstützt das Programm ERASMUS+ die Lernmobilität, die Zusammenarbeit zwischen Organisationen und Einrichtungen sowie die Politikentwicklung und die politische Zusammenarbeit. Die Europäische Union ermöglicht damit Auslandsaufenthalte für verschiedene Zielgruppen. So können Auszubildende sowie Berufsschülerinnen und Berufsschüler im Rahmen ihrer Erstausbildung ein Auslandspraktikum in Europa absolvieren. Für Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder in der Berufsbildung besteht die Möglichkeit, sich im europäischen Ausland weiterzubilden, beispielsweise in Form von Hospitationen oder Lehr- und Schulungsaktivitäten.</p> <p>Das Programm unterstützt Menschen in Europa dabei, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Wenngleich die Zuständigkeit für alle Projekte und Initiativen im Bereich der Beruflichen Bildung bei der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung liegt, erfolgt die Verwaltung der Fördergelder teilweise über das Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern. Zusätzlich zu den Beratungsangeboten der Nationalen Agentur des Bundesinstituts für Berufsbildung werden die beruflichen Schulen des Landes durch das Ministerium beraten.</p> <p>Erasmus+-Kooperationspartner der hiesigen beruflichen Schulen waren beziehungsweise sind unter anderem Polen, Litauen, Dänemark und Schweden.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport fördert internationale Jugendbegegnungen nach der „Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe in Mecklenburg-Vorpommern (Landesjugendplan Mecklenburg-Vorpommern – LJP M-V)“.</p> <p>Es werden dabei insbesondere Begegnungen und Austausche in Zusammenarbeit mit den Staaten der Europäischen Union sowie den Ostseeanrainerstaaten gefördert, um den europäischen Gedanken zu fördern und die Bedeutung des gemeinsamen Lebensraums Ostsee für Kinder und Jugendliche hervorzuheben. Die Förderung kann sich dabei sowohl an Projekte für junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, als auch an solche aus dem Ausland richten.</p> <p>Um Angebote der internationalen Jugendarbeit weiter zu fördern und auszubauen, ist es von entscheidender Bedeutung, die Zusammenarbeit in bestehenden Kooperationen zu vertiefen, auszubauen und neue Netzwerke zu erschließen, eine fortlaufende hinreichende Finanzierung sicherzustellen sowie entsprechend qualifizierte Fachkräfte für die Durchführung der Angebote zu gewinnen und auszubilden.</p> <p>Wichtige Parameter für die Intensivierung internationaler Angebote sind daher die Förderung von Strukturen, Netzwerken und Kooperationen, von Beratung, Fortbildung und Austausch, die Finanzierung sowie darüber hinaus die politische und gesellschaftliche Unterstützung und Anerkennung der Tätigkeit der internationalen Jugendarbeit in ihrer Gesamtheit.</p>
9	den nachhaltigen Tourismus auszubauen und klimafreundlichere Reisen auf der Grundlage von Programmen, die diesen Trend fördern, zu ermöglichen;	Nachhaltiger Tourismus ist ein Schwerpunkt der Landestourismuskonzeption Mecklenburg-Vorpommern, des Aktionsplanes der EU-Ostseestrategie und des Koalitionsvertrages 2021 bis 2026 der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
11	die diesbezüglichen, in der Entschließung der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz enthaltenen Handlungsappelle und Forderungen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten weiterhin besonders energisch umzusetzen;	Die Landesregierung verweist hier auf ihre Stellungnahme zur 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (Ziffern 25 bis 28).
12	die von der russischen Regierung und weiteren staatlichen und nicht staatlichen Akteuren initiierten Desinformationskampagnen und ihrer Kriegspropaganda ausgehenden wachsenden Bedrohung für die demokratische Gemeinschaft konsequent und entschlossen zu bekämpfen;	Die Landesregierung spricht sich deutlich gegen das Verbreiten von Desinformation, Hass und Hetze der russischen Regierung aus, mit deren Ziel, die öffentliche Meinungsbildung westlicher Gesellschaften zu beeinflussen und demokratische Gesellschaften zu destabilisieren.
13	die Bedeutung der Pressefreiheit für Demokratie und die demokratische Entwicklung anzuerkennen;	<p>Diese Bedeutung wird von allen Landesregierungen und der Bundesregierung selbstverständlich anerkannt. Dies ergibt sich für Bund und Länder bereits aus Artikel 5 GG und ist in Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich über das Landespressegesetz, das Rundfunkgesetz Mecklenburg-Vorpommern und den für alle deutschen Länder geltenden Medienstaatsvertrag weiter untersetzt.</p> <p>Die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern informiert mit Veranstaltungen, Publikationen und Materialien und über www.politik-mv.de zum Themenfeld Medien und Demokratie und unterstützt damit die öffentliche Meinungsbildung.</p> <p>Die Unterstützung von Projekten zur Förderung der Medienkompetenz, von Schülerzeitungs- und Bürgerzeitungsprojekten trägt ebenso dazu bei, das Bewusstsein für die Bedeutung freier Medien für die Demokratie zu stärken.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
14	insbesondere jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Medien und die freie Berichterstattung zu bekämpfen und in den Ländern, in denen es Probleme gibt, gezielte Schutzmaßnahmen für die Arbeit der Medien zu initiieren und zu fördern, beispielsweise Aufklärung und Fortbildungsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten, um sichere Arbeitsbedingungen für die Medien zu gewährleisten;	Beeinträchtigungen der Arbeitsbedingungen für Medien und der freien Berichterstattung liegen in Mecklenburg-Vorpommern nicht vor.
15	verschiedene Möglichkeiten für die Förderung von Maßnahmen zum Demokratieaufbau in Russland und anderen Ländern zu prüfen, beispielsweise durch die Unterstützung der im Exil befindlichen Zivilgesellschaft;	<p>Im Vordergrund der Landespolitik steht gegenwärtig die Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern und die Schaffung von Sprach- und Integrationsangeboten.</p> <p>In Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele private Initiativen, die sich ehrenamtlich für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer engagieren bzw. Hilfsgütertransporte in die Ukraine organisieren. In vielen dieser Vereine helfen auch gebürtige Russinnen und Russen mit, die in den 1990er-Jahren nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind.</p> <p>Die Förderung von Demokratieaufbau in anderen Staaten fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. Dazu stellen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) den politischen Stiftungen, der GIZ, der DW-Akademie und diversen Nichtregierungsorganisationen umfangreiche Mittel zur Verfügung, die diese nach einem engen Vorgabeninstrumentarium bewirtschaften. Die staatliche Expertise für diese sensible Arbeit liegt beim BMZ (und in Teilbereichen beim AA). Weder wäre es sinnvoll noch leistbar, sie auf Länderebene zu duplizieren.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
16	<p>insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten die Maßnahmen zur Erhöhung des Vertrauens in demokratische Strukturen und Werte zu verstärken sowie Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit und robuste nicht staatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien in der Ostseeregion zu fördern;</p>	<p>Die engere Zusammenarbeit im Ostseeraum trägt dazu bei, innovative und nachhaltige Lösungen zur Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen zu finden. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, die Zusammenarbeit selbst sowie auch deren Ergebnisse noch besser in die Öffentlichkeit zu tragen.</p> <p>Begegnungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den demokratischen Ostseeanrainern im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit, von Sport- und Kulturveranstaltungen sowie Formate für die Begegnung und Beteiligung von Jugendlichen werden als wichtige Bausteine angesehen, um das Vertrauen in die Zusammenarbeit und das gemeinsame demokratische Wertesystem zu stärken.</p> <p>Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes und Europaangelegenheiten bietet im Rahmen der kulturellen Projektförderung des Landes weiterhin die Möglichkeit, Projekte zur kulturellen Zusammenarbeit und Verständigung zu fördern. So sieht die Kulturförderrichtlinie Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich vor, kulturelle Projekte mit Beteiligung ausländischer Künstlerinnen und Künstler in Mecklenburg-Vorpommern oder mit Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern aus Mecklenburg-Vorpommern im Ausland, des kulturellen Austauschs und der Förderung der Beziehungen zwischen Partnerregionen zu unterstützen.</p> <p>Die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern setzt das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ um und unterstützt in diesem Rahmen eine Vielzahl von Projekten finanziell. Damit werden insbesondere Vereine, Initiativen und Einrichtungen (u. a. aus den Bereichen Sport, Kultur, Feuerwehr und Katastrophenschutz, Gleichstellung, Migration und Integration, Kirche), die sich für ein demokratisches Zusammenleben engagieren, gefördert.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Allen Bürgerinnen und Bürgern, Regelstrukturen wie Schule, Polizei und Kommunen stehen zudem bei Bedarf mit dem landesweiten Beratungsnetzwerk „Demokratie und Toleranz“ kompetente und gut vernetzte Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zur Verfügung.</p> <p>Die Förderung von Demokratie und Toleranz ist Teil des gesellschaftlichen Auftrags der Hochschulen des Landes. Ihre Rolle als Orte politischen und demokratischen Lernens sowie gelebter Vielfalt und Heterogenität, ihre Beteiligung an der Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und ihre Aufgabe, Tendenzen der Intoleranz, des Extremismus jeglicher Art oder der Verachtung der Demokratie entgegenzuwirken, sind in den mit den Hochschulen geschlossenen Zielvereinbarungen 2021 bis 2025 explizit festgelegt.</p>
17	<p>die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;</p>	<p>Die Kinder- und Jugendhilfe hält viele gute Angebote vor, die junge Menschen und ihre Familien beim gesunden und sicheren Aufwachsen unterstützen (Frühe Hilfen, Kindertagesförderung, Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, KipsFam etc.). Diese Strukturen sind unverzichtbar und sollten für junge Flüchtlinge weiter geöffnet und gestärkt werden. So können sich ihre Rechte von Anfang an besser entfalten.</p> <p>Unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (umA) sollen genauso untergebracht, versorgt, betreut und geschützt werden, wie jedes andere Kind in Deutschland, das nicht in seiner Familie lebt. Dafür haben sich die Träger der Jugendhilfe zusammen mit der Verwaltung und Zivilgesellschaft immer wieder engagiert. Dieses Engagement stößt jedoch hinsichtlich der vorhandenen Unterbringungs-kapazitäten und des zunehmenden Fachkräftemangels an Grenzen.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Die EU-Aufnahmerichtlinie, das Haager Kinderschutzabkommen und die UN-Kinderrechtskonvention stellen die besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingskindern fest – unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Eltern einreisen. Die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für umA ist im SGB VIII festgelegt.</p> <p>Geflüchtete Menschen haben einen ungehinderten Zugang zu niedrigschwelligen Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangeboten in den Einrichtungen für Familien (wie z. B. in Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern), zur Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung sowie auch zu den Frühen Hilfen. Die Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote werden mehrsprachig, auch auf Ukrainisch, angeboten.</p> <p>Die Landesregierung hat als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine im März 2022 ein 9-Punkte-Paket verabschiedet. Das Paket sieht für humanitäre Hilfs- und Integrationsmaßnahmen für Kriegsvertriebene und Geflüchtete eine Verdoppelung des Integrationsfonds auf jährlich zwei Millionen Euro bis 2026 vor. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln des Integrationsfonds werden u. a. die Migrationssozialberatung und die psychosoziale Beratung für Kriegsvertriebene und Geflüchtete (nicht nur aus der Ukraine) zusätzlich unterstützt. Ein besonderes Augenmerk wird auch in diesem Jahr auf die Beratungsangebote für geflüchtete Frauen, auf ethnische Minderheiten wie Romnja und Roma, auf LGBTQ – Menschen, auf ältere Menschen und auf andere vulnerable Gruppen gelegt. Das Angebot an psychosozialen Beratungsstellen wird weiter ausgebaut.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Die Verteilung und Unterbringung geflüchteter Personen(-gruppen) mit Behinderung sowie deren Begleitpersonen erfolgte im Land Mecklenburg-Vorpommern in regelmäßiger und enger Abstimmung mit den zuständigen Bundes- und Landesbehörden.</p> <p>Die Landesregierung plant zudem in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung die Entwicklung des Einrichtungsqualitätsgesetzes hin zu einem modernen Wohn- und Teilhabegesetz. In diesem Zusammenhang werden insbesondere der Schutz und die Teilhabe von älteren, pflegebedürftigen Menschen Berücksichtigung finden. So gilt es zu diskutieren, inwieweit Gewaltschutzkonzepte verpflichtend vorgesehen werden oder ein Anspruch auf kultursensible Pflege ins Gesetz aufgenommen wird. Der entsprechende Dialogprozess hierzu ist durch den Landespflegeausschuss beschlossen worden.</p>
18	die sexuelle und reproduktive Eigenständigkeit zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;	Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unterstützt diese Forderung.

im Hinblick auf die Abschwächung des Klimawandels, den Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
19	den aktualisierten Ostsee-Aktionsplan und die damit verbundenen Aktionsdokumente zu unterstützen, die durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem damaligen deutschen Vorsitz vereinbart wurden, und eine raschere und konsequentere Umsetzung der vereinbarten Ziele in allen Ländern der Ostsee-region als zuvor zu gewährleisten, um bis zum Ende des Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen; eine regelmäßige Überwachung der Umsetzung ist dabei für die Unterstützung des Prozesses entscheidend;	Die Landesregierung wird sich bei der Umsetzung des HELCOM Baltic Sea Action Plan (BSAP) durch den für die Außenvertretung verantwortlichen Bund im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten weiterhin engagieren. Aktuell ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Umsetzung durch den Ausschluss der Russischen Föderation von der HELCOM-Arbeit verzögern wird.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
20	weitere Maßnahmen, die eine noch schnellere und umfassendere Reduktion von klimarelevanten Emissionen ermöglichen mit dem Ziel, die angestrebte Klimaneutralität schnellstmöglich zu erreichen, aus den politisch relevanten Vorschlägen für verschiedene Politikbereiche im HELCOM 2021 Climate Change in the Baltic Sea Fact Sheet abzuleiten und umzusetzen;	<p>Mecklenburg-Vorpommern hat sich das Ziel gesetzt, 2040 die Netto-Treibhausgasneutralität zu erreichen und erarbeitet hierfür ein Klimaschutzgesetz mit Treibhausgasminderungspfaden. In dem Gesetz werden Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen für einen aktiven Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern verankert werden.</p> <p>Durch einen deutlichen Ausbau der Solar- und Windenergie und die vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien zur Deckung des Primärenergiebedarfes im Land werden die energiebedingten CO₂-Emissionen weiter signifikant gesenkt.</p>
21	anzuerkennen, dass anthropogene Aktivitäten wie Landwirtschaft und Industrialisierung in den Einzugsgebieten der Ostsee im Laufe der vergangenen 150 Jahre zu einer beträchtlichen Zunahme der Einträge von Düngemitteln und Phosphor geführt haben, und herauszustellen, dass es sehr wichtig ist, die Maßnahmen zur Reduzierung der Einleitung von Düngemitteln und Phosphor in die Ostsee fortzusetzen und dabei die Tatsache im Blick zu behalten, dass eine erhöhte Wassertemperatur auch die Effekte der Überdüngung verstärkt;	Die Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge in die Ostsee von Land her werden fortgeführt. Dies gilt gleichermaßen für diffuse Einträge aus der Landbewirtschaftung wie auch für punktuelle Einträge aus der Industrie (z. B. Klärwerke). Das wichtigste Instrumentarium dafür stellen die Wasserrahmen-Richtlinie und die Nitrat-Richtlinie der EU dar.
22	alle Bemühungen zu verstärken und gleichzeitig in verschiedenen Bereichen eng zusammenzuarbeiten, um die Chance zu erhalten, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5° Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu halten, und zwar mithilfe des raschen und umfassenden Ausbaus von erneuerbaren Energien und deren Technologien, Emissionsreduktion, geringeren	Mit dem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 hat sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern das Ziel gesetzt, das Land bis zum Jahr 2040 klimaneutral auszurichten. Zur Erreichung dieses Ziels wird gegenwärtig ein Klimaschutzgesetz (KSG M-V) und ein zugehöriger Klimaschutzmaßnahmenplan erarbeitet.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
	Energieverbrauch, mehr Energieeffizienz und zugleich durch die Stärkung und Erhöhung der Zahl der natürlichen Kohlenstoffsenken sowie die Erforschung und Entwicklung von innovativen und nachhaltigen Technologien;	Des Weiteren arbeitet die Landesregierung an der Umsetzung der Vorgaben der Bundesregierung zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dem Wind-an-Land-Gesetz und dem Wind-auf-See-Gesetz, u. a. durch die Einsetzung einer Projektgruppe Erneuerbare Energien. Mecklenburg-Vorpommern wirkt intensiv auf die Realisierung von Offshore-Windparks im Küstenmeer hin. Das Windenergiecluster Mecklenburg-Vorpommern arbeitet an der Vernetzung von Industrieunternehmen im Land mit dem Ziel der Stärkung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Sektorenkopplung.
23	insbesondere in den Ländern, die nach wie vor stärker von inländischen und importierten fossilen Energiequellen und Uranimporten abhängig sind, die Nutzung von erneuerbaren Null- und Niedrigemissionsenergien aus inländischen Quellen und langfristig die Nutzung von Energien voranzutreiben, die aus demokratischen und verlässlichen Partnerländern gemeinsam mit innovativen Wasserstoffanwendungen und Wasserstoffderivaten auf der Grundlage erneuerbarer Energien in Industrie und Handel sowie im Wärme- und Mobilitätssektor importiert werden, um eine eigene unabhängigere und resiliente Energiesicherheit und -souveränität zu erreichen und gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beizutragen;	Der deutliche Ausbau der Windenergie und Photovoltaik im Land soll Energie auch insbesondere für die PtX-Technologien bereitstellen, insbesondere für die Erzeugung von Wasserstoff und seiner vielfältigen Derivate. Für die Deckung des Energiebedarfes in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland wird es jedoch über einen gewissen Zeitraum erforderlich sein, erneuerbare Energieträger zu importieren. Ob dies zu 100 Prozent aus sogenannten demokratischen und verlässlichen Ländern abgedeckt werden kann, ist zwar Ziel, kann aber nicht vollends zugesichert werden. Die Resilienz in der Energieversorgung ist ohnehin erklärtes Ziel der aktuellen und künftigen Energiepolitik in Deutschland.
24	mit den Ländern, die am stärksten von fossilen Brennstoffen und Uranimporten aus Russland abhängig sind, bei ihren Anstrengungen, auf verlässlichere und umweltfreundlichere Energiequellen umzusteigen, zusammenzuarbeiten;	Dies entspricht dem europäischen Gedanken und sollte von allen Mitgliedstaaten so praktiziert werden.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
25	<p>die vielfach vorhandenen kostengünstigen und effizienten Technologien für die Erzeugung erneuerbarer Energie umfassend einzusetzen und noch intensivere Forschungsarbeiten sowie die Einführung und Nutzung von innovativen grünen Lösungen, insbesondere im Bereich der grünen Wasserstofftechnologien, effektiv und deutlich auszubauen und schnellstmöglich Wasserstoffstrategien und Fahrpläne zu entwickeln, um die europäische Wasserstoffstrategie und den neuen Green Deal zu ergänzen und die Ostseeregion durch gemeinsame Anstrengungen und enge Zusammenarbeit im Bereich der grünen Energiewende in eine führende Position zu bringen;</p>	<p>Dies erfolgt im Land über die Förderung von wirtschaftsnaher Forschung und Entwicklung im Rahmen der Umsetzung der Regionalen Innovationsstrategie zur Intelligenzien Spezialisierung Mecklenburg-Vorpommern 2021 bis 2027 im Aktionsfeld erneuerbare Energien – Wasserstoff.</p> <p>Mecklenburg-Vorpommern ist im Verbund der norddeutschen Länder an der Norddeutschen Wasserstoffstrategie beteiligt. Darüber hinaus wird der Hochlauf der Wasserstofftechnologien im Land unter anderem über die IPCEI-Vorhaben begleitet. Voraussetzung für einen erfolgreichen Markthochlauf ist der sehr konsequente und deutliche Ausbau der Solar- und Windenergie im Land.</p>
26	<p>im Hinblick auf Munitionsaltlasten auch in den aktuellen Kriegszeiten gemäß den Entschlüssen der 28., 29. und 30. Ostseeparlamentarierkonferenz sowie dem Zwischen- und Abschlussbericht des Berichtserstatters der Ostseeparlamentarierkonferenz über Munitionsaltlasten in enger Zusammenarbeit mit HELCOM und dem Ostseerat die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit konsequent weiter zu verstärken und den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;</p>	<p>Die Landesregierung begrüßt die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee und wird sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten an der Seite des Bundes engagieren.</p> <p>Grundsätzlich wird auf die Zuständigkeit des Bundes in dieser Angelegenheit verwiesen. Die Zuständigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern erstreckt sich einerseits auf das Vorbeugen und die Abwehr kampfmittelspezifischer Gefahren, die in Detonation bestehen, die bei Blindgängern ggf. auch nachträglichen erfolgen können. Dies wird auch durch die auf der Grundlage des SOG M-V erlassenen Kampfmittelverordnung deutlich.</p> <p>Das Land hat andererseits auch eine durch die jeweiligen Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt wahrgenommene wasserbehördliche Zuständigkeit für die Küstengewässer der Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Nach den wasserrechtlichen Sorgfaltspflichten sind nachteilige Veränderungen der Gewässereigenschaften zu vermeiden und die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts zu erhalten (§ 5 Absatz 1 Nummer 1 und 3 WHG).</p> <p>Die Wasserbehörden sind verpflichtet, die Gewässer nachhaltig zu bewirtschaften, um u. a. ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten und zu verbessern sowie zum Schutz der Meeresumwelt beizutragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 7 WHG). Insbesondere zum Schutz vor nachteiligen Veränderungen von Gewässereigenschaften kann sich ein Erfordernis wasserbehördlicher Gefahrenabwehrmaßnahmen ergeben. Dies würden regelmäßig den Eigentümer der Bundeswasserstraße Ostsee, den Bund bzw. die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, als (gefahrenabwehrrechtlichen) Zustandsstörer adressieren.</p> <p>Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit dem Fraunhofer Ocean Technology Campus (OTC) in Rostock über eine hervorragende, durch den Bund mitfinanzierte, clusterbasierte und in Wissenschaft wie Wirtschaft international anerkannte Plattform. Sie bildet eine Schnittstelle zwischen anwendungsorientierter Forschung und Bereitstellung von KI-basierten technologischen wie auch technischen Lösungen für kommerzielle, hoheitliche und wissenschaftliche Bedarfsträger zur Minderung des Munitionsaltlastenproblems im Meer und speziell in der Ostsee.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Das Fraunhofer-OTC ist auch Mitglied in der Deutschen Allianz Meeresforschung (DAM), deren Wissenschaftspartner wie Stakeholder durch jahrelang gesammelte Erfahrungen in der Praxis, eigene Forschung und Entwicklung sowie durch die Einbindung in Verbundprojekte auf nationaler und europäischer Ebene über die vergangenen Jahre umfangreiches Know-how aufgebaut haben. Dabei profitieren die Unternehmen von der umfassenden nationalen Grundlagenforschung zum Thema Altmunition im Meer, die aktuell auf nationaler Ebene in der DAM koordiniert wird.</p>
27	<p>die Länder, die für Munitionsaltlasten in der Ostsee verantwortlich sind, aufzufordern, einen Bergungsfonds einzurichten und die Bergungsmaßnahmen anzuführen, die dazu beitragen würden, die Ostsee von Munitionsaltlasten zu befreien; wir begrüßen die Bemühungen des kommenden deutschen Ostseeratsvorsitzes, dieses Thema voranzubringen;</p>	<p>Auf die Antwort in Ziffer 26 wird verwiesen.</p>
28	<p>Methoden der ökologischen Agrarwirtschaft umzusetzen und aktiv aus der Nutzung von Pestiziden und Düngemitteln durch einheimische Landwirte auszusteigen sowie Mittel für Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit weniger gefährlichen Alternativen zuzuweisen und dafür zu sorgen, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;</p>	<p>Für das Land Mecklenburg-Vorpommern hat der ökologische Landbau einen hohen Stellenwert. Das Ziel der amtierenden Landesregierung ist es, mindestens 20 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2026 zu erreichen.</p> <p>Die ökologische Anbaufläche in Mecklenburg-Vorpommern ist im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 31. Januar 2021 von 176 791 Hektar auf 190 074 Hektar um 13 283 Hektar gestiegen. Vom 1. Januar 2022 bis zum 5. August 2022 umfasste ein weiterer Flächenzuwachs 7 616 Hektar (gesamt 197 690 Hektar) und 57 Umstellungsbetriebe. Damit werden nunmehr circa 14,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche aktuell von 1 231 biozertifizierten Landwirtschaftsbetrieben ökologisch bewirtschaftet.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Über 25 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe im Land wirtschaften ökologisch.</p> <p>Durch die Überarbeitung der Düngeverordnung des Landes gelten ab 2023 für etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern Beschränkungen der Bewirtschaftung. Die Auflagen werden einen Beitrag zu einer Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln führen.</p> <p>Die Landesregierung steht hinter dem Green Deal der EU-Kommission, der das Ziel verfolgt, den Einsatz und das Risiko von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der EU bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren. Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln verpflichtet.</p>
29	<p>die ländlichen Gebiete mit ihrem großen Potenzial in die Herstellung von erneuerbaren Energien sowie den Ausbau von Netzen und Lagerkapazitäten intensiv einzubeziehen und ihnen zu ermöglichen, umfassend am Erfolg teilzuhaben, nachhaltige Innovationen im Bereich der grünen Energien zu unterstützen, die Nutzung nicht erneuerbarer Energiequellen zu reduzieren und Innovationen zu unterstützen, die das Leben in den Städten und auf dem Land nachhaltiger gestalten, und zu diesem Zweck grüne Verkehrslösungen zu verbessern und zu gewährleisten, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;</p>	<p>Die Energiewende zur Nutzung der erneuerbaren Energien findet in großen Teilen im ländlichen Raum statt. Der Ausbau von alternativen Energiequellen ist erklärtes Ziel der Landesregierung. Für die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen werden auch landwirtschaftliche Nutzflächen in einem Umfang von bis zu 5 000 Hektar in Anspruch genommen und über ein Zielabweichungsverfahren einer Umnutzung zugeführt.</p> <p>Zur Energiewende gehören neben dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien auch der Ausbau der Netze im Strom- und Gasbereich sowie die Errichtung diverser Speichertechnologien.</p> <p>In Mecklenburg-Vorpommern erfolgt die Fortschreibung der Energiepolitischen Konzeption (Zeithorizont 2040/ Klimaneutralität) mit der Definition von EE-Ausbauzielen sowie Zielen für die Flächenbereitstellung im Bereich von Windenergie und Photovoltaik.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		Die regionalen Wertschöpfungsketten, insbesondere im ländlichen Raum, sollen weiter durch eine intensivere finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Gemeinden an Wind- und Solarparks im EEG und im Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz gestärkt werden.
30	politische Maßnahmen und Regulierungen im Bereich Fischerei, Schifffahrt und in anderen Industriezweigen, die die Biodiversität in der Ostsee und das globale Klima gefährden, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren zu entwickeln und umzusetzen und an die Notwendigkeiten und Herausforderungen anzupassen, die sich aus dem IPCC-Bericht und den international verbindlichen Zielen des Pariser Abkommens ergeben;	Die Landesregierung arbeitet eng mit der Bundesregierung und den Regierungen der anderen Küstenländer bei HELCOM-Empfehlungen sowie an Empfehlungen und Vorschlägen von BALTFISH als Grundlage für die EU-Gesetzgebung zur Sicherstellung einer nachhaltigen Fischerei in der Ostsee zusammen. Das Land beteiligt sich an einem langfristigen transnationalen Wiederansiedlungsprojekt für den Baltischen Stör und unterstützt Vorhaben zum Management gefährdeter Fischarten wie Aal und Meerforelle sowie des Herings der westlichen Ostsee in seinem Hauptlaichgebiet.
31	den Aufbau von Anlagen aus recyceltem Material zu fördern, um Regulierungen hinsichtlich der Wiederverwendung von Baumaterialien zu entwickeln, Pläne für die Wiederverwendung von Material als Voraussetzung für Abrissgenehmigungen im Rahmen der Anstrengungen zur Entwicklung nachhaltiger Versorgungswege entlang der Ostsee zu etablieren und öffentliche Pfandsysteme für Plastikflaschen in der Ostseeregion einzuführen und darüber hinaus die Kettennutzung in allen möglichen Bereichen zu unterstützen;	Deutschland führte bereits 2003 auf der Grundlage von § 9 der Verpackungsverordnung (seit 2019 ersetzt durch § 31 des Verpackungsgesetzes) ein Pfandsystem für Einweggetränkeverpackungen ein. Mit der Novelle des VerpackG 2021 wurde die Pfandpflicht auf nahezu sämtliche Einweggetränkeflaschen aus Kunststoff und auf sämtliche Getränkedosen ausgeweitet. Zudem dürfen ab dem 3. Juli 2024 bis zu drei Liter fassende Getränkebehälter aus Kunststoff grundsätzlich nur noch in Verkehr gebracht werden, wenn deren Verschlüsse aus Kunststoff fest mit dem Getränkebehälter verbunden sind. Diese neue Regel soll verhindern, dass die abgetrennten Verschlüsse aus Unachtsamkeit in der Umwelt landen.

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Der Austausch und Dialog handelnder Akteure entlang der gesamten Wertschöpfungskette spielen für ein zielgerichtetes Zusammenwirken mit einem gemeinsamen Verständnis über bestehende Herausforderungen und die Ausgestaltung wirksamer Abfallvermeidungsmaßnahmen eine wichtige Rolle. Das Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie, ist Mitglied der Plattform „Runder Tisch Meeresmüll“, der u. a. die Ausgestaltung der Maßnahme „Reduktion der Einträge von Kunststoffmüll, z. B. Plastikverpackungen, in die Meeresumwelt“ im deutschen Maßnahmenprogramm zur Umsetzung MSRL ausgestaltet. Dabei wurde auch die Weiterentwicklung von Pfandsystemen zur Reduzierung der Mülleinträge in die Meere als Stoffstrom-Lenkungsinstrument bewertet und die Ergebnisse in einem Bericht (2021) zusammengefasst. Die Ergebnisse fließen auch in die Arbeiten zur Implementierung der Regionalen Aktionspläne gegen Meeresmüll im Rahmen der Meeresschutzübereinkommen OSPAR und HELCOM ein.</p>
32	<p>Strategien zur Umsetzung einer neuen innovativen Lebensweise zu kommunizieren und zu entwickeln, die einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie intensiv über die Tatsache aufklären, dass jeder Mensch, der eine Veränderung für sich selbst wagt, eine große Veränderung für alle bewirkt;</p>	<p>Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt Maßnahmen, um die Kommunen und Unternehmen des Landes zu den Themen Energieeinsparung, Energieeffizienz und intelligente Energienutzung in lokalen Netzen zu informieren und um Investitionen anzureizen. Ziel sind direkte und indirekte Treibhausgaseinsparungen vor Ort, die mit Hilfe von EFRE-VI-Mitteln umgesetzt werden.</p>

im Hinblick auf die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine; Migration, Arbeitsmärkte und das soziale Wohlfahrtsmodell

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
33	<p>unter höchstmöglicher Wertschätzung für alle bislang getroffenen Entscheidungen und Handlungen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine, insbesondere in den am stärksten betroffenen Ländern, mithilfe weiterer umfassender systemischer und finanzieller Maßnahmen und Politiken dafür zu sorgen, dass die damit zusammenhängenden demografischen strukturellen Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf Wohnraum, Bildung, Kinder- und Gesundheitsschutz, Arbeitsmärkte und Einstellungen gegenüber ankommenden Flüchtlingen optimal adressiert werden und eine optimale Unterstützung für diejenigen, die vorübergehend im jeweiligen Land bleiben, und die Inklusion für diejenigen, die dauerhaft im jeweiligen Land bleiben, garantiert wird.</p>	<p>Der russische Angriff hat großes Leid über die Ukraine gebracht. Viele Menschen sind vor Krieg und Gewalt geflüchtet. Mecklenburg-Vorpommern hat rund zwei Prozent aller in Deutschland eingereisten ukrainischen Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Seit Ausbruch des Krieges am 24. Februar 2022 wurden bis zu 26 230 ukrainische Kriegsflüchtlinge im Land aufgenommen, von denen 21 955 Personen zum 8. Januar 2023 noch aufhältig sind.</p> <p>Im Land stehen diverse Flüchtlingsunterkünfte und Wohnungen mit einer Gesamtkapazität von 16 434 Plätzen (Stand: 4. Januar 2023) für die ukrainischen Kriegsvertriebenen zur Verfügung, von denen 12 210 Plätze in Anspruch genommen werden. In enger Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen sind 9 747 Personen in Wohnungen, 2 281 in Flüchtlingsunterkünften und 182 in Notunterkünften untergebracht worden. Zudem wurden 9 745 Personen in privaten Unterkünften aufgenommen – eine großartige Solidarleistung. Im Hinblick auf das weitere Zugangsgeschehen sind derzeit noch 3 429 Plätze vorsorglich verfügbar.</p> <p>Geflüchtete Menschen haben einen ungehinderten Zugang zu niedrigschwelligen Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangeboten in den Einrichtungen für Familien (wie z. B. in Familienzentren, Mehrgenerationshäusern), zur Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung sowie auch zu den Frühen Hilfen. Die Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote werden mehrsprachig, auch auf Ukrainisch, angeboten.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		<p>Zudem stellen die EU-Aufnahmerichtlinie, das Haager Kinderschutzabkommen und die UN-Kinderrechtskonvention die besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingskindern fest – unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Eltern einreisen.</p> <p>Mit dem 9-Punktepaket hat Mecklenburg-Vorpommern auch ein Arbeitsmarktprogramm für Geflüchtete aus der Ukraine geschaffen. Für die faire Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten wurden für die Laufzeit von zwei Jahren (bis 30. Juni 2024) fünf Millionen Euro bereitgestellt. Das Programm hat das Ziel, eine bestmögliche Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu unterstützen und die Fachkräftepotenziale der Geflüchteten für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu erschließen. Dabei sollen unterwertige Beschäftigung vermieden und Arbeitsausbeutung verhindert, sowie Integration erleichtert und über gute Arbeit sowie faire Arbeitsbedingungen aufgeklärt werden.</p> <p>Im Schuljahr 2022/2023 werden alle schulpflichtigen Kinder und Jugendliche, die bereits im Schuljahr 2021/2022 in die Schule aufgenommen wurden, weiterhin in ihren bisherigen Schulen beschult. Sie erhalten entsprechend ihres Sprachstands eine zusätzliche Intensivförderung oder eine begleitende Förderung im Bereich Deutsch als Zweitsprache.</p> <p>Mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 wurden alle Schülerinnen und Schüler, die neu in die Schule aufgenommen wurden, an Schulen in staatlicher Trägerschaft grundsätzlich in Vorklassen an ausgewählten Standortschulen beschult.</p> <p>Die Grundlagen zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache ab dem Schuljahr 2022/2023 sind in der Bildungskonzeption zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache beschrieben.</p>

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
		Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler zunächst die deutsche Sprache erlernen können, um dann gut integriert an der Regelbeschulung teilnehmen zu können.